

betreffend Prognose einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung in Basel-Stadt

Gemäss einer kürzlich vom Bundesamt für Statistik (BFS) veröffentlichten Prognose, soll der Kanton Basel-Stadt im Jahre 2030 trotz einer starken Zuwanderung um ca. 6,5% weniger Einwohnerinnen und Einwohner verfügen. Das Statistische Amt unseres Kantons gibt im Dezember 2006 die Einwohnerzahl mit 187'882 an. Auf dieser Basis wären 6,5 Prozent über 12'200 Menschen. Diese Prognose ist weit schlechter als die in der Bevölkerungsanalyse 1990 -2005 von Wüest & Partner prognostizierten Werte; dort ist von einem Schwund im Ausmass von 4,3% die Rede.

Obwohl diese BFS-Prognose kaum Aussagen über die Steuererträge der damaligen Bevölkerung erlaubt, muss von einem spürbaren Rückgang auch der Steuereinnahmen ausgegangen werden. Es stellt sich in diesem Zusammenhang u.a. auch die Frage, ob dann das gegenüber heute reduzierte „System Basel-Stadt“ noch über eine genügende Tragfähigkeit verfügt, staatliche Aufgaben in gewohnter Qualität und Quantität zu erbringen. Diese Frage ist auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung des Bevölkerungs-Mix' und der Aussagen über die künftige Zusammensetzung der Bevölkerung gemäss der erwähnten Prognose wichtig.

Prognosen sollen auch Ansätze zur „Therapie“ liefern. Sicher wird sich die Regierung mit diesem Thema beschäftigen müssen. Ansätze sind bekanntlich bereits in der Vision 2020 enthalten, jedoch lassen diese alarmierenden Prognosewerte erahnen, dass zusätzliche Anstrengungen nötig sein werden.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, zusätzlich zu bereits bestehenden Programmen (Wohnumfeldaufwertung, Logis Bale, Bevölkerungs- bzw. Wanderungsbefragung) Massnahmen gegen den Bevölkerungsschwund zu erarbeiten?
2. Teilt die Regierung die Meinung, dass im Kanton die Voraussetzungen geschaffen werden müssen, um Zuzüge gut verdienender bzw. vermögender Menschen zu fördern?
3. Erachtet die Regierung die bisherigen Anstrengungen, attraktiven Wohnraum auch für gehobene Ansprüche anbieten zu können, als genügend, um Gegensteuer gegen die prognostizierte Entwicklung zu geben?
4. Hält die Regierung Steuersenkungen für höhere Einkommen und auch Vermögen für Mittel, die geeignet sind, ein wichtiges Bevölkerungs-Segment im Kanton zu stärken, indem Wegzüge verhindert und Zuzüge gefördert werden können?
5. Mit welchen anderen Massnahmen gedenkt die Regierung, diesem zu erwartenden Trend entgegen zu wirken?

Patricia von Falkenstein